Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Forschungspapier: Peer Reviewed

Felix Schenuit

Zwischen *fact*- und *sense-making*: Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise im politischen Entscheidungsprozess.

Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies

14. Juni 2017

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

Redaktion/ Wissenschaftliche Koordination

Dr. Kristina Weissenbach
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 3742
Fax. +49 (0) 203 / 379 – 3179

Miriam Skroblies

Sekretariat

Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ. Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

redaktion@regierungsforschung.de

Zitationshinweis

Schenuit, Felix (2017): Zwischen *fact*- und *sense-making*: Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise im politischen Entscheidungsprozess. Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies, Forschungspapier: Peer Reviewed, Erschienen auf: regierungsforschung.de

Zwischen *fact*- und *sense-making*: Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in politischen Entscheidungsprozess.

Impulse für die Politikwissenschaft aus den Science and Technology Studies.

Von Felix Schenuit[1]

Das Verhältnis von Fakten und Politik ist im Wandel. Nicht nur die Wahl Donald Trumps und seine Entscheidung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, auch das Brexit-Votum in Großbritannien zeigen, dass weitreichende politische Entscheidungen auch unter Bezug auf offenkundige Unwahrheiten getroffen werden. Dass die häufig als „postfaktische Politik" beschriebenen Veränderungen nicht nur Handlungsbedarf auf Seiten der Politik und des Journalismus provozieren, sondern auch die Wissenschaft in ihrem Selbstverständnis herausfordern, zeigen Appelle wie der des DFG-Präsidenten Peter Strohschneider für eine „rationale Streitkultur".[2] Insbesondere die Rolle der ExpertInnen, deren Legitimität immer häufiger in Zweifel gezogen wird, rückt dabei in den Fokus.[3]

Dass den ExpertInnen in politischen Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle einnehmen, ist dabei keineswegs neu. Bereits Niccolò Machiavelli widmete sich in seinem Werk *Der Fürst* der Bedeutung der ExpertInnen für die Politik. Im Laufe der Zeit wurde die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik unter anderem von Max Weber, Helmut Schelsky und Jürgen Habermas immer wieder neu beschrieben. In den letzten Jahren verfestigte sich die Einschätzung, dass der (wissenschaftlichen) Politikberatung eine neue, wichtigere Bedeutung im politischen Prozess zukommt.[4] Obwohl dabei gemeinhin eine zunehmend stärkere Rückwirkung der Wissenschaft auf die Gesellschaft im Allgemeinen[5] und ein stärkerer Einfluss der wissenschaftlichen Politikbera-

[1] Felix Schenuit ist Forschungsassistent in den Forschungsgruppen „EU/Europa" und „Globale Fragen" der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er ist Absolvent der NRW School of Governance und forscht in seinem Dissertationsprojekt zur Bedeutung wissenschaftlicher Politikberatung in politischen Entscheidungsprozessen. Ein Schwerpunkt seiner Forschungsinteressen ist die internationale Klimapolitik.

2 Vgl. Strohschneider, Peter: Wissenschaft muss für die Demokratie streiten. In: Süddeutsche Zeitung, 24.01.2017.

3 Vgl. Brozus, Geden, Ćumurović et al. 2017.

4 Vgl. u.a. Lentsch und Weingart 2011; Glaab und Korte 2012.

[5] Vgl. beispielsweise Schneidewind und Wissel 2015.

tung in spezifischen politischen Prozessen konstatiert werden,[6] lassen sich nur wenige politikwissenschaftliche Fallstudien identifizieren, die die Interaktionen und Zusammenhänge von Politik und Wissenschaft in konkreten politischen Entscheidung- und Gesetzgebungsprozessen analysieren und damit der neuen Bedeutung gerecht würden. Zwar gibt es einige Publikationen, die das Thema verstärkt praxisorientiert erarbeiten (hier u.a. Weingart und Wagner 2015, Lentsch und Weingart 2011a) und auch die theoretische Auseinandersetzung mit der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik wurde in den letzten Jahren weiter vorangetrieben (u.a. Hoppe 2011, Weingart 2011, Pielke Jr. 2005, Jasanoff 2004). Systematische Fallstudien der Bedeutung wissenschaftlicher Politikberatung innerhalb konkreter Gesetzgebungsprozesse finden sich in der Politikwissenschaft bislang jedoch kaum. Dass die Politikwissenschaft in Zeiten der sogenannten „postfaktischen Politik" jedoch einen wichtigen Beitrag für ein besseres Verständnis der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik beitragen könnte, wird im vorliegenden Beitrag herausgearbeitet. Der Fokus liegt dabei auf möglichen Perspektivenerweiterungen, die sich durch eine Integration der Erkenntnisse aus den *Science and Technology Studies (STS)* in die Politikwissenschaft ergeben könnten.

Dazu wird zunächst ein Überblick über die grundlegenden klassischen Modelle wissenschaftlicher Politikberatung gegeben. In einem zweiten Schritt wird die Debatte über deren Unzulänglichkeiten aufgegriffen und neue Modellentwürfe diskutiert. Dabei kann gezeigt werden, dass die Forschungsdisziplin der *Science and Technology Studies* zwei Aspekte bereithält, die wichtige Impulse für die Politikwissenschaft darstellen könnten.

1. Von Macchiavelli über Weber zu Habermas: die klassischen Modelle der wissenschaftlichen Politikberatung

Machiavelli, der mit seinem Werk für viele als einer der Begründer der Politikwissenschaft gilt,[7] prägte lange Zeit das Verständnis des Verhältnisses von ExpertInnen und Politik.

> *„Ein kluger Fürst muss [...] gescheite Leute auswählen, diesen allein erlauben, ihm die Wahrheit zu sagen, aber doch nur über die Gegenstände, darüber er sie befragt; er muss aber über alles befragen, ihre Meinung hören und dann selbst eine Entschließung fassen."*[8]

Ähnlich wie Machiavelli ging auch Max Weber davon aus, dass die politischen Akteure am Ende immer die Urteilskraft behalten sollten und der Wissenschaft übergeordnet sind.[9] Damit prägte er

[6] Vgl. u.a. Lentsch und Weingart 2011b, S. 4-7; Perthes 2007.

[7] Siehe dazu bspw. das Vorwort Herfried Münklers zu der hier zitierten Ausgabe des Buches *Der Fürst* von Machiavelli 2013.

[8] Zitiert nach: Machiavelli 2013, S. 128.

[9] Bemerkenswerterweise war Weber selbst in der politisch turbulenten Zeit der Weimarer Republik in seinen wissenschaftlichen Arbeiten und Arbeiten keineswegs frei von Werturteilen, siehe Kaesler 2011.

das *dezisionistische Modell* der wissenschaftlichen Politikberatung, in dem er von einer strikten Trennung von Wissenschaft und Politik ausgeht (Böcher 2007, S. 16). Auch für Weber „haben [PolitikerInnen] das letzte Wort, ob Expertenwissen zur politischen Anwendung gelangt […]. Im dezisionistischen Modell ist der Experte abhängig vom Politiker, der sich dem Expertenwissen zwar bemächtigen kann, Entscheidungen jedoch immer nach seinen Wertvorstellungen trifft" (ebd.). In den 1960er Jahren wurde dieses Modell durch das *technokratische Modell* in Frage gestellt. Schelsky (1961) beschrieb damit ein Modell, in dem die ExpertInnen der Politik übergeordnet sind und Letztere zum „Vollzugsorgan" (Lompe 2006, S. 27) der ExpertInnen werden. Damit drehte das technokratische Modell das bisherige Verständnis um und ordnete die Politik der Wissenschaft unter. Schelsky wies damit auf die Gefahr der Entstehung einer Expertokratie hin (ebd.).[10] Indem Habermas (1966) einen iterativen Prozess zwischen Politik und Wissenschaft modellierte, versuchte er, diese Dichotomie der bisherigen linear konzipierten Modelle aufzulösen. Er stellte ihnen mit seinem *pragmatischen Modell* ein explizit normativ geprägtes Modell gegenüber. Hierin stehen ExpertInnen und PolitikerInnen in einem kritischen Kommunikationsverhältnis, das durch einen iterativen Charakter geprägt ist (Weingart 1999, S. 153f.).[11]

Wissenschaftliche Politikberatung wurde in Deutschland lange Zeit entlang dieser drei klassischen Modelle diskutiert (Lompe 2006, S. 26). Bereits 1979 wurde die Erklärungskraft der Modelle jedoch in Frage gestellt (Prätorius 1979). Vor allem Peter Weingart erweiterte im Laufe der 1990er Jahre mit dem *rekursiven Modell* die Debatte in Richtung der in den USA entstandenen Forschungsdisziplin der *Science and Technology Studies* (STS). Mit den STS entwickelte sich in den USA bereits seit den 1970er Jahren ein Forschungsfeld, das das Verhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zum Gegenstand hat. In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der STS theoretische Konzepte wie das der Ko-Produktion (Jasanoff 2004) und das daran anknüpfende Virtuous-Reason-Modell (Jasanoff 2011) geprägt, die eine systematische Analyse des vielschichtigen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zum Ziel haben. Obwohl sich die neue Relevanz wissenschaftlicher Politikberatung als sozialwissenschaftlicher Forschungsgegenstand auch in der deutschen Politikwissenschaft niederschlug und neue Verständnisse der Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik aufgegriffen wurden,[12] wurde den Konzepten aus den STS bisher nur wenig Aufmerksamkeit zuteil.

Gleichwohl bieten beispielsweise die Arbeiten von Robert Hoppe (2010) politikwissenschaftliche Einblicke in die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Anhand des Begriffes der *boundary*

[10] Dieses technokratische Verständnis weißt auch der in der Politikwissenschaft vielbeachtete Ansatz der *epistemic communities* auf, den Peter M. Haas 1992 vorstellte (Beck 2009, S. 20)

[11] Für eine detailliertere Darstellung der Modelle siehe Beck 2009, S. 23-66 und Edenhofer und Kowarsch 2015a, S.83-95. Edenhofer und Kowarsch erarbeiten mit dem *pragmatic enlightment model* (PEM) eine Erweiterung der bisherigen Modelle, die sich auf die wissenschaftliche Politikberatung in Form von klimapolitischen Assessments konzentriert (2015a, 2015b).

[12] Diese umfasste neben einer Reihe von Veröffentlichungen (u.a. Edenhofer und Kowarsch 2015a; Lentsch und Weingart 2011a; Weingart und Wagner 2015; Glaab und Korte 2012; Falk et al. 2006) auch die Gründung der *Zeitschrift für Politikberatung*.

work veranschaulicht Hoppe, dass die öffentliche Darstellung des Verhältnisses davon abhängt, welcher Akteur es beschreibt. PolitikerInnen zeichnen dabei ein Bild, in dem sie selbst „*on top*" sind und die Leistungen der WissenschaftlerInnen abrufen, die in diesem Bild „*on tap*" sind. ExpertInnen hingegen verharren in ihrer Darstellung in dem Mythos des „*speaking truth to power*". Dass beide Darstellungen nicht den tatsächlichen Interaktionen entsprechen, sondern diese vielmehr von der Art des Problems abhängt und von einer Ko-Produktion geprägt ist, zeigt Hoppe in seinen theoretischen und empirischen Arbeiten. Dabei bezieht sich Hoppe explizit auf die Arbeiten aus den STS.

Auch für die Studie *The Honest Broker* von Roger A. Pielke Jr. (2007) sind die Arbeiten aus den STS ein wichtiger Ausgangspunkt. Pielkes vielbeachtete Differenzierung vier idealtypischer Rollen von WissenschaftlerInnen in Entscheidungsprozessen besteht aus: *pure scientist, issue advocate, science arbiter* und *honest broker of policy alternatives.* Diese vier Rollenbeschreibungen der WissenschaftlerInnen unterscheiden sich jeweils in ihrem Verständnis von Demokratie einerseits und ihrem Verständnis von Wissenschaft andererseits. Der große Einfluss der Studie Pielkes verdeutlicht, dass die bisherigen Modelle der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik das Verhältnis nicht ausreichend beschreiben.

Beide Beispiele zeigen darüber hinaus auch, dass den STS eine entscheidende Rolle in der Erarbeitung neuer Konzepte der Schnittstelle zukommt. Worin das Potenzial dieser Perspektive liegt und welche weiteren und bislang weniger beachteten Perspektivenerweiterungen sie für die Politikwissenschaft bereithält, soll im Weiteren gezeigt werden. Dabei konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf die Arbeiten von Sheila Jasanoff, die das Forschungsfeld der STS maßgeblich prägte.

2. Eine neue Rolle für Wissen in der Politik? Die Perspektive der Science and Technology Studies (STS)

Die *Science and Technology Studies* (STS) gründeten sich in dem „Schnittfeld von Wissenschaftsphilosophie, -geschichte und -soziologie auf der einen und Technikphilosophie, -geschichte und -soziologie auf der anderen Seite" (Beck et al. 2012, S. 11). Einen Mehrwert bietet diese Perspektive insbesondere für die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik: Bis in die 1960er Jahre dominiert Sörensen zufolge ein Verständnis der getrennten Ebenen von Wissenschaft und Politik in der Wissenschaftstheorie und -soziologie. Ab den 1970er Jahren und bis in die 1990er Jahre wurde dieses Verständnis durch die Dekonstruktion dieser Trennung abgelöst. Seit der Mitte der 1990er Jahre rückte schließlich die Frage nach der Verbindung und den Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik ins Zentrum, die im Kern auch die STS Forschung beschäftigt (Sörensen 2012).

2.1. Ko-Produktion und Virtuous-Reason-Modell

In expliziter Abgrenzung zu den klassischen Modellen der wissenschaftlichen Politikberatung entwickelte Sheila Jasanoff das Konzept der Ko-Produktion. Demnach liegt den unzureichenden Modellen (v.a. dem dezisionistischen und technokratischen) die falsche Annahme zugrunde, dass

„scientific fact finding stands apart from and prior to politics“ (Jasanoff 1994, S. 20). Diese Erkenntnis führt Jasanoff jedoch nicht zu der Einschätzung, dass wissenschaftliche Expertise keine Rolle in der Politik spielen sollte. Gleichwohl sollte der Wissenschaft in der Politik kein apolitischer oder präpolitischer Charakter zugesprochen werden (Jasanoff 2011, S. 19). Von dieser Beobachtung ausgehend beschreibt Jasanoff das Verhältnis von Wissenschaft und Politik mit dem Konzept der Ko-Produktion. In späteren Arbeiten entwickelte Jasanoff dann das daran anknüpfende Virtuous-Reason-Modell, das den Fokus auf die Rolle der ExpertInnen richtet und einen Vergleich der Verhältnisse von Wissenschaft und Politik in unterschiedlichen Ländern ermöglicht.

2.1.1. Ko-Produktion

Geprägt durch eine konstruktivistische Perspektive steht bei dem Konzept der Ko-Produktion das Zusammenspiel der Produktion von sozialer und natürlicher Ordnung im Fokus. Entscheidend ist dabei, dass wissenschaftliches Wissen nicht als ein transzendentaler Spiegel der Realität verstanden wird. Dessen Produktion wird vielmehr als eingebettet in soziale Praktiken, Identitäten, Normen, Konventionen, Instrumente und Institutionen beschrieben (Jasanoff 2004, S. 2f.). Diese Beobachtung führt Jasanoff zu dem Schluss, dass es kein von sozialen Praktiken unabhängiges Wissens geben kann (Jasanoff 2004, S. 280). Als Beispiel für die Relevanz eines ko-produktiven Verhältnisses von Wissenschaft und Politik führt Jasanoff die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts an, deren Verlauf nicht ohne die technologische-wissenschaftlichen Fortschritte zu verstehen ist. Als wissenschaftliche Erkenntnisse, die politische Entwicklungen und Konflikte beeinflussten und provozierten, nennt sie u.a. die Atombombe, die Manipulationen von Genen, motorisierte Luftfahrt sowie neue Kommunikationstechnologien (Jasanoff 2004, S. 14). Politische Prozesse und Entwicklungen sind demnach nicht gänzlich nachvollziehbar, wenn die Bedeutung von wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht in den Blick genommen wird. Gleichzeitig sind die Dynamiken innerhalb wissenschaftlicher Disziplinen nicht nachvollziehbar, wenn der politische Kontext dabei unberücksichtigt bleibt.

Mit dieser Perspektive der Ko-Produktion erfährt das Verständnis von Wissensproduktion einen Wandel vom reinen *fact-making* zum *sense-making* (Jasanoff 2004, S. 276). Woraus das *sense-making* besteht, veranschaulichen vier Instrumente der Ko-Produktion: *making identities, institutions, discourses, representations*.

Mit dem Instrument der *making identities* beschreibt Jasanoff die Entstehung von menschlichen oder nicht-menschlichen, individuellen oder kollektiven Identitäten, die sie als wirkmächtigste Ressource für das *sense-making* beschreibt. Die Funktion der Identitäten beschreibt sie wie folgt: „When the world one knows is in disarray, redefining identities is a way of putting things back into familiar places“ (Jasanoff 2004, S. 39). Neben kollektiven Identitäten, wie z.B. EuropäerIn, können auch individuelle Identitäten von großer Bedeutung sein. So ist hier beispielsweise die Identität der ExpertInnen von Relevanz, die für das *sense-making* im Sinne „putting things back into familiar places” von besonderer Bedeutung ist (siehe dazu das 2.1.2: Virtuous-Reason-Modell).

Das Instrument der *making institutions* verweist auf denjenigen Aspekt der Ko-Produktion, der in der Validierung von Wissen, wie beispielsweise der Sicherheitsüberprüfung neuer Technologien, besteht. Als Beispiel führt Jasanoff den Wandel des Wissens über die Natur an. Mit dem Wandel des Wissens über die Zusammenhänge in der Natur entstehen neue Institutionen, die den neuen sozialen und normativen Verständnissen der Natur zu einem politischen Effekt verhelfen können. Dieser politische Effekt kann u.a. darin bestehen, dass die Institution wissenschaftliche Nachweise interpretiert, Gesetze setzt, Methoden standardisiert, Wissen verbreitet oder neue Identitäten ratifiziert (Jasanoff 2004, S. 40). Als Beispiel für diese neuen Institutionen kann u.a. das *International Panel on Climate Change* gelten, dessen Einfluss auf klimapolitische Prozesse Gegenstand von STS-Analysen ist (Beck 2016).

Dass Diskursen im *sense-making* eine entscheidende Rolle zukommt, veranschaulicht das *making discourses* Instrument. So besteht im Kontext immer neuer Entwicklungen in der sozialen und natürlichen Ordnung die Notwendigkeit, Sprache zu modifizieren. Wenn bestehende Diskurse nicht entsprechend modifiziert werden können, kann es vorkommen, dass zum *sense-making* neues Vokabular entwickelt werden muss (Jasanoff 2004).

Als viertes Instrument beschreibt Jasanoff das der *making representations* und damit die Relevanz von Repräsentation in dem Prozess der Ko-Produktion. Diese sind insbesondere in der Repräsentation der natürlichen Ordnung in der Wissenschaft relevant, die sich unter anderem in Methoden, Begriffen und Modellen etc. niederschlägt. Dabei fokussiert sie drei Aspekte der Repräsentation: (1) historische, politische und kulturelle Einflüsse auf die Repräsentationen in der Wissenschaft, (2) Modelle menschlichen Handelns und Verhaltens, auf denen Repräsentionen basieren und (3) die Übernahme dieser wissenschaftlichen Repräsentation durch andere gesellschaftliche Akteure (Jasanoff 2004, S. 41).

2.1.2. Das Virtuous-Reason Modell

Anknüpfend an das Konzept der Ko-Produktion entwickelte Jasanoff das Virtuous-Reason Modell. In diesem Modell betont sie neben der bereits beschriebenen Annahme, dass es kein präpolitisches Wissen gibt, die Unterscheidung zwischen Wissenschaft und ExpertInnen. Jasanoff sieht die ExpertInnen als entscheidende Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Es ist demnach nicht *die Wissenschaft*, die unmittelbar zur Politik sprechen kann, sondern eine spezifische Gruppe von ExpertInnen, die diese Brückenfunktion erfüllt. Die Rolle der ExpertInnen ist dabei durch andere sozialen Beziehungen, ethischen Überzeugungen und Verbindungen zur Macht geprägt, als die der WissenschaftlerInnen. Jasanoff beschreibt die Rolle der ExpertInnen in Abgrenzung zu WissenschaftlerInnen (deren wichtigste Aufgabe das „fact-making“ ist) als Verknüpfung von wissenschaftlichem Wissen mit Angelegenheiten von gesellschaftlicher Bedeutung. ExpertInnen sind demnach die DiagnostikerInnen öffentlicher Probleme und erarbeiten entsprechende Lösungsvorschläge sowie Mittel zu deren Umsetzung (Jasanoff 2011, S. 23).

Dabei sieht sie in den ExpertInnen „society’s agents“ (S. 28), die bestimmte Ziele verfolgen und niemals überparteilich und ohne konkretes Interesse agieren. Innerhalb des politischen Prozesses

wird von ihnen jedoch auch nicht verlangt, dass sie die „Wahrheit" (oder die nächstmögliche Annäherung daran) in den politischen Prozess einbringen, sondern dass sie das verfügbare Wissen in einer vernünftigen Art und Weise für das Gemeinwohl einsetzen. ExpertInnen bewegen sich damit immer in dem Spannungsverhältnis von Wahrheit und Legitimität (ebd.). Ihnen kommt damit neben dem *fact-making* auch die Aufgabe des *sense-making* zu.

2.1.3. Die drei „bodies of expertise" – Unterschiede in den nationalen Konstruktionen von Legitimität

Um dieser besonderen Bedeutung von ExpertInnen gerecht zu werden, zielt Jasanoff darauf ab, die Ko-Produktion und die Rolle der ExpertInnen in die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik miteinzubeziehen. Da die Übertragung von Wissen durch ExpertInnen eine soziale Praxis ist, gilt es, auch eine kulturelle Perspektive auf die Rolle der ExpertInnen zu berücksichtigen. Dazu analysierte Jasanoff unterschiedliche Länder und arbeitete die jeweils länderspezifische Form und Rolle von Expertise heraus. Für diese Analyse schlägt sie ein Modell (*bodies of expertise*) vor, in dem sie die Produktion der Expertise in drei Elemente unterteilt. Sie unterscheidet zwischen (1) *body of relevant knowledge*, (2) *embodied experts* und (3) *advisory bodies* (Jasanoff 2011).

Der *body of relevant knowledge* beschreibt dabei die Art des Wissens, die für eine bestimmte Frage in einem Land relevant ist. Der *embodied expert* charakterisiert die Rolle der einzelnen ExpertInnen und deren Besonderheiten in den jeweiligen Ländern. Drittens beschreiben die *advisory bodies* die landestypischen Arbeitsweisen derjenigen Institutionen, in denen mehrere ExpertInnen zur Beratung der Regierung zusammenkommen (Jasanoff 2011, S. 28). Diese drei Elemente untersuchte Jasanoff für die USA, Großbritannien und Deutschland.

Für Großbritannien identifiziert Jasanoff (2011) eine besondere Bedeutung der Einzelperson als ExpertIn (*embodied expert*). Dieses Verständnis entspricht der britischen kulturellen Tradition des *bodies of knowledge*, in der die Verfügbarkeit von *common knowledge* in Großbritannien als selbstverständlich angesehen wird (Jasanoff 2011, S. 31). Jasanoff zeigt auf, dass dies mit einer hohen Akzeptanz der einzelnen ExpertInnen einhergeht und dass die britische Tradition damit den Vorteil hat, allgemein anerkannte Fakten zu schaffen. Außerdem sieht Jasanoff auf Basis der genannten Prinzipien in Großbritannien ein Potenzial, die sogenannte narrowness of vision[13] unter den beteiligten ExpertInnen zu vermeiden. Damit verdeutlicht Jasanoff, dass wissenschaftliche Politikberatung in Großbritannien durch einen *view from everywhere* auf die Problemstellung geprägt ist. Gleichzeitig weist sie jedoch auch auf die Schwäche hin, dass ExpertInnen Unsicherheiten in ihrer Expertise vergleichsweise leicht verdecken können (ebd.).

[13] Laski (1931) beschreibt die Probleme der „narrowness of vision" wie folgt: „The expert […] dislikes the appearance of novel views. […] There is in fact no expert group that does not tend to deny that truth may possibly be found outside the boundary of its private Pyrenees. […] The expert, in short, remains expert upon the condition that he does not seek to co-ordinate this specialism with the total sum of human knowledge" (5-8).

Im Kontrast zur großen Bedeutung einzelner Personen in Großbritannien dominiert in den USA das Wissen an sich (*bodies of knowledge*). In den USA ist die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik damit durch den Fokus auf Qualität und Integrität des Wissens selbst geprägt, der sich in einer großen Bedeutung des Peer-Review-Verfahrens niederschlägt. Diese in der Wissenschaft angewandte Qualitätssicherung wurde in den USA auch auf die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik übertragen. Demnach wird hier davon ausgegangen, dass Peer-Review-Verfahren auch in der Lage sind, die Politikrelevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse sicherzustellen (Jasanoff 2011, S. 29). Jasanoff beobachtet in einzelnen politischen Prozessen eine inhaltliche Diskussion, die im Vergleich zu Großbritannien deutlich stärker durch wissenschaftliche und technische Kontroversen geprägt ist (S. 31). Für Jasanoff besteht auf Basis dieser Beobachtung das übergeordnete Ziel von wissenschaftlicher Politikberatung in den USA darin, eine Objektivität aufrechtzuerhalten, die als *view from nowhere* beschrieben werden kann (S. 30). Gleichzeitig stellt sie dieses Verständnis von Objektivität, das häufig als transzendentale Wahrheit wahrgenommen wird, im Kontext von politikrelevantem Wissen in Frage. Da das Wissen häufig in explizit politischen und auf Werturteile angewiesenen Situationen benötigt wird, bleibt in dieser Tradition ein persönlicher Bias von WissenschaftlerInnen durch den alles dominierenden Fokus auf Objektivität verdeckt (Jasanoff 2005).

In Deutschland hingegen dominieren weder der Fokus auf Objektivität, noch die einzelnen ExpertInnen selbst. Vielmehr liegt der Fokus hier auf Beratungsgremien, die häufig einen Mikrokosmos der gesellschaftlichen Akteure darstellen, die von der jeweiligen politischen Frage betroffen sind (Jasanoff 2011, S. 31). Der oder die vertrauenswürdigste ExpertIn in Deutschland repräsentiert dabei z.B. eine Partei, Gewerkschaft, Konfession oder ähnliche gesellschaftliche Gruppen. In den Beratungsgremien kommen diese ExpertInnen dann mit den RepräsentantInnen anderen Gruppierungen zusammen und erarbeiten eine gemeinsame Position. Diese Kooperation unterschiedlicher RepräsentantInnen legitimiert letztlich die Schlussfolgerungen des Beratungsgremiums, die dazu führt, dass wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland ebenfalls durch einen *view from everywhere* geprägt ist (Jasanoff 2011, S. 31f). Allerdings bezieht sich *everywhere* hier eher auf die Repräsentativität der gesellschaftlichen Gruppen als auf das wissenschaftliche Wissen wie im Falle Großbritanniens. An dieser deutschen Beratungskultur kann die Abgeschlossenheit dieser Beratungsgremien kritisiert werden. Beispielsweise ist es für außenstehende ExpertInnen schwer, sich in den festen Beratungsgremien Gehör zu schaffen, auch sehen sich diese Beratungsgremien nur einer geringen Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit ausgesetzt (Jasanoff 2011, S. 32).

3. Diskussion: STS-Impulse für die Politikwissenschaft

Die Darstellungen der STS-Konzeptionen konnten zeigen, dass die Wissensproduktion als soziale Praxis verstanden werden kann. In Bezug auf politische Entscheidungsprozesse und ihre politikwissenschaftliche Analyse ergeben sich daraus zwei wichtige Perspektivenerweiterungen: Zum einen gilt es, in den Analysen wissenschaftlicher Expertise nicht nur das *fact-making*, sondern auch das *sense-making* zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist eine weitere Kontextualisierung in Bezug auf nationale Beratungskulturen von Bedeutung. Insbesondere im Vergleich zu den lange

Zeit in der deutschen Politikwissenschaft diskutierten Modellen (v.a. dezisionistisch, technokratisch) bietet die STS-Forschung damit eine wichtige Perspektivenerweiterung.[14] Auch wenn das wiedererwachte Forschungsinteresse an der wissenschaftlichen Politikberatung in der deutschen Politikwissenschaft bereits neue Ansätze hervorgerufen hat, bleibt zu konstatieren, dass diese Aspekte der kontextualisierenden STS-Perspektive dabei kaum berücksichtigt wurden.

Im Kontext „postfaktischer Politik" ermöglicht der Ansatz der Ko-Produktion neben einem besseren Verständnis dieser Entwicklungen auch erste Schlussfolgerungen für den Umgang damit. Das Phänomen des „Postfaktischen" gilt aus einer STS-Perspektive keineswegs als etwas grundlegend Neues. Die Beobachtung, dass Wissensproduktion von Grund auf niemals frei von Werturteilen oder gänzlich unabhängig von politischen Begebenheiten sein kann, zeigt, dass auch bislang gültige „Wahrheiten" bereits Elemente enthalten, die strenggenommen unter den Begriff des „Postfaktischen" fallen würden. Auch dies ist ein Grund dafür, weshalb mit der Ausrufung des „postfaktischen Zeitalters" zurückhaltender umgegangen werden sollte. Gleichwohl lassen die derzeit große Bedeutung dieser Begrifflichkeit und sich offenkundig zunehmend unvereinbar gegenüberstehende „Fakten" den Befund einer stärker polarisierten Gesellschaft plausibel erscheinen. Im Rahmen des Modells der Ko-Produktion ist zu konstatieren, dass sich einander ausschließende Wege des *sense-making* etabliert haben. Die von Jasanoff vorgestellten vier Instrumente (*making identities, institutions, discourses, representations*) könnten zunächst dabei helfen, die identifizierte Polarisierung detaillierter zu analysieren. Außerdem veranschaulichen die Instrumente, dass die ExpertInnen ihr Handeln nicht allein auf das *fact-making* abzielen, sondern auch die Dimensionen des *sense-making* stärker berücksichtigen sollten, wenn sie politikrelevant sein möchten. In einer stärker polarisierten Gesellschaft erlangt wissenschaftliche Expertise nur dann Relevanz in politischen Entscheidungsprozessen, wenn sie stärker auf die gesellschaftliche Herstellung von Identitäten, Institutionen, Diskursen und Repräsentationen bezogen wird.

Für die Analyse der Prozesse der Wissensproduktion sind darüber hinaus auch die Erkenntnisse des dargestellten *Virtuous-Reason* Modell relevant. So konnte die Darstellung des Modells einerseits zeigen, wie groß die Bedeutung der Rolle der ExpertInnen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik ist. Sie sind die GrenzgängerInnen zwischen wissenschaftlichen Wissensbeständen und der gesellschaftlichen Relevanz und damit in der Lage, das im Modell der Ko-Produktion beschriebene *sense-making* voranzutreiben. Außerdem wurde deutlich, dass ihre jeweilige Rolle von kulturellen Besonderheiten geprägt ist. Die Analyse der politischen Systeme in den USA, Großbritannien und Deutschland veranschaulichte wichtige Unterschiede. Bisherigen Modellen der wissenschaftlichen Politikberatung und den auf ihnen basierenden Analysen bleibt die kulturelle Perspektive auf die Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik verschlossen. In sich immer weiter globalisierenden Problemlagen und Expertiselandschaften ist der Einbezug kultureller Besonderheiten in die Analyse von Beratungsprozessen jedoch von großer Relevanz.

4. Fazit

[14] Welchen Mehrwert diese Perspektive bietet zeigt u.a. Sörensen (2012) im Allgemeinen, Beck et al. (2017) für die Umweltpolitik und Owens (2011) und Fears und ter Meulen (2011) in Analysen einzelner Institutionen.

Aktuelle politische Entwicklungen in den USA und in vielen europäischen Staaten offenbaren die Notwendigkeit treffsicherer Analysen der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Die ernstzunehmenden Stimmengewinne populistischer Strömungen, deren Umgang mit Fakten und die damit einhergehende Legitimitätskrise wissenschaftlicher Expertise veranschaulichen die Dringlichkeit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Potentialen und Grenzen des Einflusses wissenschaftlicher Politikberatung auf politische Prozesse. Dabei kommt der Politikwissenschaft eine wichtige Rolle zu. Ihre Fähigkeit, Länder in ihren politischen Strukturen systematisch zu analysieren und zu vergleichen, bietet in sich globalisierenden Problemlagen die Möglichkeit, den Einfluss und die Grenzen von wissenschaftlicher Expertise in politischen Prozessen zu bestimmen. Öffnet sich die Politikwissenschaft in Richtung der STS, bietet sich ihr ein vielversprechender Ausgangspunkt für diese notwendige systematische und kontextualisierende Analyse der Rolle von Wissen und ExpertInnen in politischen Entscheidungsprozessen. Der Einbezug einer Analyseperspektive, die über das reine *fact-making* hinausgeht und auch *sense-making*-Prozesse sowie nationale Beratungskulturen berücksichtigt, könnte einen entscheidenden Mehrwert für die Analyse von Interaktionen zwischen Wissenschaft und Politik bieten und die Politikwissenschaft damit ihren Beitrag zum Umgang mit der Legitimationskrise von Expertise leisten

Literatur:

Beck, Silke (2009): Das Klimaexperiment und der IPCC. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik in den internationalen Beziehungen. Marburg: Metropolis.

Beck, Silke (2016): Hybride Organisationen als Schnittstellen – Der Fall IPCC. In: Besio, Cristina/ Romano, Gaetano (Hg.): Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel. Baden-Baden: Nomos, S. 149–186.

Beck, Silke/ **Forsyth**, Tim/ **Kohler**, Pia M./ **Lahsen**, Myanna/ **Mahony**, Martin (2017): The Making of Global Environmental Science and Politics. In: Felt, Ulrike/ Fouché, Rayvon/ A. Miller, Clark/ Smith-Doerr, Laurel (Hg.): The handbook of science and technology studies. Fourth edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, S. 1059–1086.

Beck, Stefan/ **Niewöhner**, Jörg / **Sörensen**, Estrid (Hg.) (2012): Science and Technology Studies. Eine sozialanthropologische Einführung. Bielefeld: transcript Verlag.

Brozus, Lars/ **Geden**, Oliver/ **Ćumurović**, Aida/ **Gropp**, Reint E/**Schneidewind**, Uwe/ **Paqué**, Karl-Heinz/ **Feld**, Lars P. (2017): Expertenwissen im politischen Prozess — Nutzen, Grenzen und Gefahren. In: *Wirtschaftsdienst* 97 (4), S. 239–255.

Edenhofer, Ottmar/ **Kowarsch**, Martin (2015a): Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit: ein neues Modell wissenschaftlicher Politikberatung. In: Weingart, Peter/ Wagner, Gert G. (Hg.): Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest. Weilerswist: Velbrück Wiss, S. 83–106.

Edenhofer, Ottmar/ **Kowarsch**, Martin (2015b): Cartography of pathways. A new model for environmental policy assessments. In: *Environmental Science & Policy* 51, S. 56–64.

Falk, Svenja/ **Rehfeld**, Dieter/ **Römmele**, Andrea/ **Thunert**, Martin (Hg.) (2006): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Fears, Robin/ **ter Meulen**, Volker (2011): European Academies Science Advisory Council. In: Lentsch, Justus/ Weingart, Peter (Hg.): The Politics of Scientific Advice. Cambridge: Cambridge University Press, S. 342–352.

Glaab, Manuela/ **Korte**, Karl-Rudolf (Hg.) (2012): Angewandte Politikforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Habermas, Jürgen (1966): Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. In: Krauch, Helmut/ **Kunz**, Werner/ **Bahrdt**, Hans Paul/ von Brentano, Peter (Hg.): Forschungsplanung : eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute. München: Oldenbourg, S. 130–144.

Hoppe, Robert (2011): The governance of problems. Puzzling, powering and participation. Bristol: Policy Press.

Jasanoff, Sheila (1994): The fifth branch. Science advisers as policymakers. Cambridge Mass. u.a.: Harvard Univ. Press.

Jasanoff, Sheila (Hg.) (2004): States of knowledge. The co-production of science. London: Routledge.

Jasanoff, Sheila (2005): Restoring reason: Causal narratives and political culture. In: Hutter, Bridget/ Power, Michael (Hg.): Organizational Encounters with Risk. Cambridge: Cambridge University Press, S. 209–232.

Jasanoff, Sheila (2011): Quality control and peer review in advisory science. In: Lentsch, Justus/ Peter Weingart (Hg.): The Politics of Scientific Advice. Cambridge: Cambridge University Press, S. 19–35.

Kaesler, Dirk (2011): Max Weber. Originalausg. München: Beck.

Laski, Harold Joseph (1931): The limitations of the expert. London: Fabian Society.

Lentsch, Justus/ **Weingart**, Peter (2011a): Quality control in the advisory process: towards an institutional design for robust science advice. In: Lentsch, Justus/ Weingart, Peter (Hg.): The Politics of Scientific Advice. Cambridge: Cambridge University Press.

Lentsch, Justus/ **Weingart**, Peter (Hg.) (2011b): The Politics of Scientific Advice. Cambridge: Cambridge University Press.

Lompe, Klaus (2006): Traditionelle Modelle der Politikberatung. In: Falk, Svenja/ Rehfeld, Dieter/ Römmele, Andrea/ Thunert, Martin (Hg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25–34.

Machiavelli, Niccolò (2013): Der Fürst. 6. Aufl. Hamburg: Nikol.

Owens, Susan (2011): Knowledge, advice and influence: the role of the UK Royal Commission on Environmental Pollution, 1970–2009. In: Lentsch, Justus/ Weingart, Peter (Hg.): The Politics of Scientific Advice. Cambridge: Cambridge University Press, S. 73–101.

Perthes, Volker (2007): Zwischen Hofnarr zum Agendasetter. Über wissenschaftliche Beratung in der Außen- und Sicherheitspolitik. In: *Internationale Politik* (12), S. 114–123.

Pielke Jr., Roger A. (2007): The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics. Cambridge: Cambridge University Press.

Prätorius, Rainer (1979): Einleitung. In: Greiffenhagen, Martin/ Conradi, Peter/ Prätorius, Rainer (Hg.): Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Köln: Europäische Verl.-Anst, S. 7–14.

Schelsky, Helmut (1961): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schneidewind, Uwe/ Wissel, Carstein von (2015): Transformative Wissenschaft. Warum Wissenschaft neue Formen der Demokratisierung braucht (Forum Wissenschaft, 4).

Sörensen, Estrid (2012): STS und Politik. In: Beck. Stefan/ Niewöhner, Jörg/ Sörensen, Estrid (Hg.): Science and Technology Studies. Eine sozialanthropologische Einführung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 191–220.

Weingart, Peter (1999): Scientific expertise and political accountability. Paradoxes of science in politics. In: *Science and Public Policy* 26 (3), S. 151–161.

Weingart, Peter (2011): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Unveränd. Nachdr. der Erstausg. 2001, 3. Aufl. Weilerswist: Velbrück Wiss.

Weingart, Peter; Wagner, Gert G. (Hg.) (2015): Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest. Weilerswist: Velbrück Wiss.